



POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herrn Dr. Carsten Sieling  
Platz der Republik  
11011 Berlin

**Hartmut Koschyk**  
Parlamentarischer Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 682-42 45

FAX +49 (0) 30 18 682-44 04

E-MAIL Hartmut.Koschyk@bmf.bund.de

DATUM 10. Februar 2011

BETREFF **Ihre Anfrage vom 31. Januar 2011 zur Untersuchungskommission des US-Kongresses zur Finanzkrise**

GZ **VII C 2 - WK 2031/06/0006**

DOK **2011/0093966**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrter Herr Kollege,

*Lieber Herr Dr. Sieling,*

gerne komme ich Ihrer Bitte um Übersendung eines Sachstands und einer Bewertung des Berichts der Untersuchungskommission des US-Kongresses zur Finanzkrise nach.

Die vom US-Kongress eingesetzte Expertengruppe zur Untersuchung der Finanzkrise (Financial Crisis Inquiry Commission – FCIC) stellte am 27. Januar ihren Abschlussbericht vor. Die Kommission umfasst zehn regierungsunabhängige prominente US-Bürger, wobei – gemäß Mehrheitsverteilung im Kongress bei Auftragserteilung im Mai 2009 – sechs aus dem demokratischen, vier aus dem republikanischen Lager berufen wurden. Das Mandat der Kommission endet formal am 13. Februar 2011.

Der Abschlussbericht wurde nur von den demokratischen Mitgliedern indossiert, während die Republikaner zwei Minderheitsvoten abgaben. Trotz (gemeinsamen) Minderheitsvotum teilen drei der republikanischen Mitglieder jedoch in weiten Teilen die Identifizierung und Bewertung der Krisenursachen. Demnach votierte nur ein Kommissionsmitglied deutlich abweichend von der Gruppe, indem er allein eine verfehlte staatliche Wohnungsförderungspolitik als Hauptursache der Krise konstatiert. Die anderen neun Mitglieder sehen eine Vielzahl von Fehlentwicklungen dafür verantwortlich.

Die Kommission zieht in ihrem Bericht folgende Schlussfolgerungen:

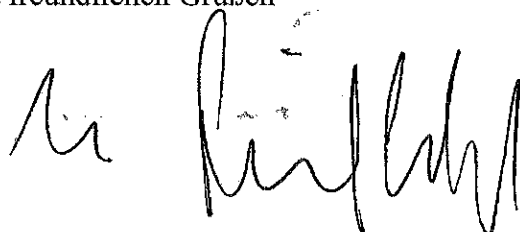
- Die Finanzkrise wäre vermeidbar gewesen: Warnsignale wurden ignoriert; die Regulierung war unzureichend.
- Unzureichende Regulierung und Aufsicht: Über 30 Jahre lang verfolgten die USA eine Politik der Deregulierung. Aufseher und Regulierer nutzten vorhandene Eingriffsinstrumente nicht. Lobbygruppen übten Druck in Richtung weiterer Deregulierung aus.
- Grobe Fehler in der Unternehmensführung und unzureichendes Risikomanagement: Größenwachstum und zunehmende Komplexität der Finanzinstitute erschwerten eine wirksame Führung. Mathematische Modelle und Urteile von Ratingagenturen ersetzten teilweise eine sorgfältige eigene Risikosteuerung. Vergütungspraktiken förderten kurzfristig orientiertes Verhalten.
- Übermäßige Kreditaufnahme, risikoreiche Investitionen, Intransparenz: Finanzinstitute operierten mit zu geringer Kapitaldecke und sehr kurzfristiger Refinanzierung. Repo-geschäfte und aus der Bilanz ausgelagerte Unternehmenseinheiten verdeckten die Risiken.
- Regierung, Zentralbank und Aufseher waren unzureichend auf die Krise vorbereitet und agierten inkonsistent, wodurch die Unsicherheit an den Märkten weiter stieg: Ad hoc-Rettungsprogrammen fehlte ein umfassendes strategisches Konzept. Die Entscheidungen, welchen Instituten Hilfen gewährt bzw. versagt wurden, waren widersprüchlich.
- Versagen von Verantwortlichkeit und ethischen Standards: Haushalten mit offensichtlich unzureichenden finanziellen Mitteln und Sicherheiten wurden Hypothekenverträge verkauft, z. T. noch verstärkt durch Fehlanreize in der Gebührenstruktur des Vertriebs. Finanzinstitute verkauften Verbriefungen, deren zugrunde liegender Basiswert zum Teil nicht ihren eigenen Kreditvergabestandards entsprach. Der Handel mit OTC-Derivaten verstärkte die Verschleierung, Weitergabe und letztlich Konzentration von Risiken.
- Fehlleistung der Ratingagenturen: Sie verliehen ungerechtfertigt hohe Gütesiegel, vielfach allein basierend auf – z. T. fehlerbehafteten – Computermodellen. Investoren vertrauten teilweise blind auf diese Ratings, ersetzten damit das eigene Risikomanagement. Regulierung basierte zum Teil explizit auf Ratings.

Der Studie lassen sich kaum neue Erkenntnisse zur Entstehung der Finanzkrise oder zur konkreten Bewältigung ihrer Folgen entnehmen. Sie stellt keine akademische Ursachenanalyse dar, sondern gewinnt ihren Wert vielmehr als ausführliche, mit Zeugenaussagen und Kommentaren angereicherte Beschreibung und Bewertung des Krisenverlaufs. Die Problemanalyse sowie die – eher allgemein gehaltenen – Schlussfolgerungen der Kommission werden von der Bundesregierung weitgehend geteilt. Sie stehen grundsätzlich im Einklang mit Einschätzungen und Initiativen Deutschlands und auf EU-Ebene als auch mit G20-Agenda zur Reform der Finanzmarktregulierung.

In den praktischen Auswirkungen ist der Bericht teilweise von den politischen Maßnahmen nach der Beauftragung der Kommission überholt. Zum einen sind mit der Verabschiedung des Dodd-Frank-Gesetzes im Juli 2010 viele der im Bericht aufgezeigten Probleme operativ mittlerweile angegangen worden. Auch die noch ausstehende Reform der halbstaatlichen Hypothekenfinanzierer Freddie Mac und Fannie Mae soll in Kürze beginnen; ein entsprechender Bericht des US-Finanzministeriums wird Mitte Februar erwartet.

Ich hoffe, diese Zusammenfassung und Einschätzung der Ergebnisse der Untersuchungskommission helfen Ihnen weiter.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized first name followed by a more complex surname.